Stand: 04.07.2025 16:19:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/12964

"Haushaltsplan 2021; hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II - Arbeitsgruppe Breitband (Kap. 06 03 neuer Titel)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/12964 vom 01.02.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/14200 des HA vom 10.02.2021
3. Beschluss des Plenums 18/14831 vom 25.03.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 25.03.2021 (EPL 6)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.02.2021 **Drucksache** 18/**12964**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Gerd Mannes, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2021;
hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II – Arbeitsgruppe Breitband (Kap. 06 03 neuer Titel)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 06 03 wird ein neuer Tit. „Arbeitsgruppe Breitbandausbau" mit einem Ansatz von 2.000,0 Tsd. Euro ausgewiesen.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 06 03 Tit. 883 72 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Die hohe Geschwindigkeit der technischen Innovation im digitalen Bereich erfordert eine ständige Weiterentwicklung der infrastrukturellen Voraussetzungen. Durch die Bayerische Gigabitrichtlinie ist es Bayern möglich, Unternehmen und privaten Haushalten sehr schnelle Internetzugänge anzubieten. Damit die dafür notwendige Infrastruktur aber auch zeitnah gebaut werden kann, braucht es eine vorausschauendere Planung. Denn momentan werden die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausgeschöpft und auch die Abdeckung mit Internetzugängen, die lediglich eine Geschwindigkeit von 30 Mbit/s erlauben, ist noch nicht abgeschlossen. Daher soll eine Arbeitsgruppe die bayernweite Umsetzung des Gigabitnetzes dauerhaft begleiten.

Gleichzeitig soll die Arbeitsgruppe frühzeitig neue Technologien in diesem Bereich identifizieren, prüfen, ob der Freistaat diese eigenständig umsetzen kann und Vorschläge zum effizienten Ausbau für geeignete neue Technologien erarbeiten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.02.2021 **Drucksache** 18/**14200**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2021; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Berichterstatter: **Michael Hofmann**

Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 14 Tit. 812 35 wird der Ansatz
   in 2021
   von 1.350,0 Tsd. €
   um 200,0 Tsd. €
   auf 1.550,0 Tsd. €
   erhöht.

2. Bei Kap. 06 16 Tit. 812 35 wird der Ansatz
   in 2021
   von 61,0 Tsd. €
   um 190,0 Tsd. €
   auf 251,0 Tsd. €
   erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Verbesserung der technischen Ausstattung der Lehrsäle der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Finanzwesen, am Standort Herrsching
   (Kap. 06 14 Tit. 812 35)
   Drs. 18/13047

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Verbesserung der technischen Ausstattung der Seminarräume in Schloss Höchstädt
   (Kap. 06 16 Tit. 812 35)
   Drs. 18/13048

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Demonstratormission
   (Kap. 06 02 TG 67)
   Drs. 18/12815

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Schulungsoffensive für nachhaltige öffentliche Beschaffung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12816

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12817

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
   (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 18/12818

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 06 01 Tit. 536 03)
   Drs. 18/12889

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
   (Kap. 06 03 Tit. 883 72)
   Drs. 18/12963

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II - Arbeitsgruppe Breitband
   (Kap. 06 03 neuer Titel)
   Drs. 18/12964

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beteiligung an der Messe Augsburg
   (Kap. 06 03 neuer Titel)
   Drs. 18/12965

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Unsere Heimat I - Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 18/12966

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Unsere Heimat II - Förderung traditioneller Vereine
    (Kap. 06 03 TG 81 neuer Titel)
    Drs. 18/12967

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I - Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
    (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12968

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II - Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
    (Kap. 06 21 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12969

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Arbeitsgruppe KONSENS
    (06 04 TG 99 neuer Titel)
    Drs. 18/12970

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 82. Sitzung am 10. Februar 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.03.2021 **Drucksache** 18/**14831**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 06 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Demonstratormission
   (Kap. 06 02 TG 67)
   Drs. 18/12815

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Schulungsoffensive für nachhaltige öffentliche Beschaffung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12816

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12817

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
   (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 18/12818

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 06 01 Tit. 536 03)
   Drs. 18/12889

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
   (Kap. 06 03 Tit. 883 72)
   Drs. 18/12963

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II - Arbeitsgruppe Breitband
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 18/12964

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beteiligung an der Messe Augsburg
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 18/12965

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Unsere Heimat I - Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 18/12966

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Unsere Heimat II - Förderung traditioneller Vereine
    (Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
    Drs. 18/12967

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I - Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
    (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12968

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II - Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
    (Kap. 06 21 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12969

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Arbeitsgruppe KONSENS
    (06 04 TG 99 neuer Tit.)
    Drs. 18/12970

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Michael Hofmann
Abg. Tim Pargent
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Martin Böhm
Abg. Gerd Mannes
Abg. Florian Ritter
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Walter Nussel
Abg. Wolfgang Fackler
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Staatsminister Albert Füracker
Abg. Markus Plenk
Abg. Benjamin Adjei
Abg. Harald Güller

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 06

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13047 und 18/13048)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/12815 mit 18/12818)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/12963 mit 18/12970)
Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/12889)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat wieder 45 Minuten mit den üblichen Aufteilungen. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zum Änderungsantrag betreffend "Beteiligung an der Messe Augsburg" auf Drucksache 18/12965 Einzelabstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute den Einzelplan des Finanzministeriums. Ich möchte an der Stelle sagen, dass sich auch in diesem Einzelplan fortsetzt, was wir in all den Haushaltsberatungen im Grunde genommen feststellen können. Es ist ein Haushalt, der von Zuverlässigkeit und Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern geprägt ist und der vor allem auf die Zukunft ausgerichtet ist.

Uns liegt ein Einzelplan in einer Größenordnung von 3 Milliarden Euro vor. Die Summe selbst wird der Bedeutung dieses Einzelplans gar nicht mal richtig gerecht; denn wir alle wissen, dass im Einzelplan des Finanzministeriums natürlich vor allem unsere Fi-

nanzämter eine wichtige Rolle einnehmen. Wir haben in diesem Einzelplan 2,1 Milliarden Euro allein für Personalkosten veranschlagt. Bei diesen 2,1 Milliarden Euro geht es auch um insgesamt 30.200 Stellen, zwei Drittel davon im Bereich unserer Finanzämter.

An der Stelle möchte ich den vielen Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten danken, die sich in Zusammenarbeit mit den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern redlich Mühe geben. Oft wird ein Konfliktpotenzial aufgebaut. Es ist natürlich klar, dass niemand gerne mehr Steuern als unbedingt notwendig zahlt. Aber unsere Finanzverwaltung ist da sehr gut unterwegs. Lieber Herr Finanzminister, richten Sie den Dank des gesamten Plenums an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Wir wissen, was wir an ihnen haben.

(Beifall bei der CSU)

Angesichts dessen hat auch dieser Einzelplan weitere neue Stellen parat, zwar nicht in einer Größenordnung, dass man sagen könnte, wir übernehmen uns. 216 neue Planstellen sind mit Sicherheit nicht der große übermäßige Wurf. Das sollte man allerdings von einem Finanzminister auch nicht erwarten, der ständig zu Recht darauf achtet, dass mit dem Geld sorgsam umgegangen wird und nur solche Ausgaben getätigt werden, die wir auch in Zukunft schultern können.Das sind also 216 neue Planstellen.

210 Planstellen wird es für ein Schulrechenzentrum im Zusammenhang mit IT-Dienstleistungen geben. Darauf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit richten; denn wir alle wissen, dass die IT in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung bekommen hat. Hier geht es vor allem darum, besondere Sicherheits- und Datenschutzvoraussetzungen zu schaffen. Dieses Schulrechenzentrum unterstützt im Übrigen auch viele andere Ministerien und Behörden. Deshalb ist das ein ganz besonders wichtiger Punkt.

Mit diesem Einzelplan schaffen wir außerdem 247 Anwärterstellen. Davon entfallen 200 auf das Finanzamt und 32 auf das Landesamt für Finanzen; weitere 15 Anwärterstellen wird es für die IT-Infrastruktur geben. Ich sage das deshalb ausdrücklich, weil

der Freistaat Bayern in einer Zeit, in der viele Schulabgänger eine gewisse Unsicherheit haben, seiner Verantwortung gegenüber den jungen Menschen gerecht wird.

Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass schnelles Internet in die Wohnungen und Häuser der Menschen kommt. Ich möchte Ihren Blick darauf lenken, dass der Freistaat Bayern hier eine Vorreiterrolle übernommen hat. Der Freistaat Bayern hat es als Erster zusammen mit der Europäischen Union geschafft, diese Richtlinie umzukrempeln, sodass auch Gebiete, die schon mit 30 Mbit/s versorgt waren, förderfähig wurden. Mein besonderer Dank gilt hierfür dem Finanzminister, der sich in Brüssel massiv eingesetzt hat. – Lieber Albert, ich gehe davon aus, dass du heute einiges zum Thema Breitbandausbau sagen wirst. Der Wirtschaftsausschuss und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sind schon in den Genuss deiner Erklärung gekommen, was mit der Gigabitrichtlinie geschaffen werden kann. – Diesen Genuss will ich Ihnen nicht vorenthalten, indem ich die wichtigsten Aussagen vorwegnehme.

Einen Punkt möchte ich aber schon ansprechen: Der Freistaat Bayern wurde vom TÜV Rheinland hervorgehoben, weil wir bei diesem Ausbau besonders stark sind. Wer der Meinung ist, dass ein Flächenland wie Bayern beim Breitbandausbau hinterherhinkt, der sollte sich eine objektive Studie ansehen. Er wird dann feststellen, dass wir nicht so schlecht sind, wie uns das manche Miesmacher glauben machen wollen. Nichtsdestoweniger war die CSU schon immer der Auffassung, dass das Bessere der Feind des Guten ist. Von daher arbeiten wir weiterhin daran, dass alles noch ein bisschen besser wird.

Ein besonderes Thema ist die Hightech Agenda. Hier geht es um ein bayerisches Satellitennetzwerk, das wir installieren wollen. Dafür stehen 8 Millionen Euro zur Verfügung. Wir wollen bis Ende 2022 sechs Kleinsatelliten in den Orbit schießen. Wer das lächerlich macht, der sollte sich einmal damit beschäftigen, welche Daten mit diesen Satelliten gewonnen werden. Der Freistaat Bayern wird mit diesen Daten von Privat-

unternehmen unabhängig. Ich glaube, dass diese Daten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft hervorragend eingesetzt werden können.

Ich möchte noch kurz meiner Chronistenpflicht gerecht werden: 242 Millionen Euro wandern in die EDV-Infrastruktur der Finanzverwaltung.

Ein Punkt, der den Bayern und den Franken besonders am Herzen liegt, ist der Bauunterhalt der Schlösser und die Schlösserverwaltung insgesamt. Die Pandemie ist hier nicht spurlos vorbeigegangen. Wir müssen die Einnahmen nach unten korrigieren, weil unsere schönen Schlösser momentan nicht mit dem gleichen Besucheransturm wie in den vergangenen Jahren rechnen können. Letzten Endes werden wir unserer Verantwortung gegenüber den kommenden und den vorherigen Generationen gerecht, indem wir hier den Bauunterhalt weiter vorantreiben.

Weitere Investitionen werden wir auch bei den Behördenverlagerungen vornehmen. Das ist ein wichtiger Aspekt. Der Freistaat Bayern schafft insgesamt 2.700 Arbeitsplätze und 930 Studienplätze in den Regionen. Wir möchten, dass davon der gesamte Freistaat profitiert.

Ich möchte noch einen Punkt hervorheben: Das Museum für Franken in Würzburg wird auch in diesem Jahr weiter vorangetrieben. Lieber Herr Kollege Reiß, als Oberpfälzer freuen Sie sich sicherlich genauso wie ich darüber. Ich danke unserem Finanzminister, dass er auf die Finanzen der Bürgerinnen und Bürger achtet. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Tim Pargent für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 06 des Finanzministeriums ist der Etat der Steuer- und Finanzverwaltung. Wir GRÜNE stehen für eine starke Steuerverwaltung und für starke

Finanzbehörden; denn unsere Steuerbeamtinnen und -beamten stehen an vorderster Front gegen Steuerhinterziehung und gegen Finanzkriminalität. Vergegenwärtigen wir uns, wie viele Gerechtigkeitsfragen über unsere Steuererklärung und damit über unser Steuersystem in den Finanzbehörden bearbeitet werden, sind unsere Finanzämter die Gerechtigkeitsämter in diesem Land.

Wer für diese Gerechtigkeitsämter Beispiele sucht, der muss nur in die Zeitungen schauen. Unsere Finanzbeamten klären in erster Reihe den milliardenschweren Steuerraub Cum-Ex auf. Sie klären auch die eine oder andere Corona-Betrugsmasche auf. Wem diese Beispiele nicht reichen, den verweise ich auf den Wirecard-Skandal. Auch hier war es ein bayerischer Finanzbeamter, dem die Bilanzzahlen aus Aschheim spanisch vorkamen. Schade, dass diesen Hinweisen an anderer Stelle nicht mit der gebotenen Energie nachgegangen wurde.

Damit diese Gerechtigkeitsämter ihrer Arbeit nachkommen können, benötigen sie gute Arbeitsbedingungen, ausreichend Personal und eine gute Ausstattung. Ich erkenne an, dass die Staatsregierung die Personalstellen in den Haushalt aufgenommen hat, die die GRÜNEN und zugegebenermaßen auch die SPD über Jahre hinweg beantragt haben. Die Ausbringung der neuen Stellen in der Finanzverwaltung ist richtig und wichtig. Sie wird von uns ausdrücklich begrüßt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellen sind das eine; gute und leistungsfähige Ausbildungsstätten sind das andere. Bis heute kann ich es nicht ganz verstehen, dass wir in einer Zeit, in der wir in Spitzenlast Personal ausbilden, die Hauptausbildungsstelle der 3. QE komplett verlagern. Ich meine damit die, euphemistisch ausgedrückt, Behördenverlagerung der Finanzhochschule Herrsching. Mir kommt das so vor, als wenn wir die TU München in voller Fahrt der Hightech Agenda von München nach Oberfranken oder in die Oberpfalz verlagern würden. Als Oberfranke bin ich unverdächtig, dass mir der Ammersee näherläge als der Frankenwald, ganz im Gegenteil. Gegen eine weitere Finanzhochschule im Nor-

den Bayerns spricht aus meiner Sicht wenig. Ähnlich wie das Standbein in Kaufbeuren hätte der Standort Kronach eine gute Ergänzung und Entlastung sein können.

Ich habe aber große Bauchschmerzen bei der Frage, ob wir in Kronach die gleiche Kapazität an Ausbilderinnen und Ausbildern gewinnen können, und große Zweifel, ob der Zeitplan eingehalten werden kann, auch aufgrund anderer Schwierigkeiten der IMBY, die wir in Oberfranken hin und wieder sehen. Ich befürchte, dass es für die Immobilie in Herrsching kein Nachnutzungskonzept gibt. Auf unsere Nachfragen wurde kein solches Konzept vorgelegt. Die Verlagerung der Schule nach Kronach freut mich für Kronach. Für die Leistungsfähigkeit der Finanzausbildung wäre mir und meiner Fraktion ein behutsames und bedachtes Vorgehen jedoch lieber gewesen.

Da ich gerade beim Thema Behutsamkeit bin, möchte ich noch zwei andere Punkte dieses Einzelplans ansprechen, bei denen es uns GRÜNEN eher zu behutsam vorangeht. Der erste Punkt ist der Unterhalt unserer Schlösser durch die Bayerische Schlösserverwaltung. Die für die Schlösserverwaltung zur Verfügung gestellten Mittel sind nicht schlecht. Aber bei den Hochbauvorlagen, die uns im Haushaltsausschuss regelmäßig zu den einzelnen Maßnahmen vorgelegt werden, müssen wir zunehmend feststellen, dass die Bausubstanz häufig schon in einem Zustand ist, bei dem eine frühere Sanierung viel Geld gespart hätte und in der Sache auch besser gewesen wäre. Das ist kein Thema, bei dem wir über Haushaltsanträge mehr Geld einstellen sollten; denn diese Maßnahmen müssen am Ende auch abgearbeitet werden.Herr Staatsminister, die Verantwortung, die Sie hier in den nächsten Jahren noch stärker wahrnehmen müssen, besteht darin, dass die Maßnahmen nicht nur sauber ausfinanziert, sondern vor allem auch umgesetzt werden.

Der zweite Punkt, bei dem es mir in diesem Bereich zu behutsam vorangeht, ist der Breitbandausbau in Bayern. Wir kennen die Versorgungszahlen mit leistungsfähigem Internet. Diese können zwar mit denen der anderen Bundesländer durchaus mithalten und sind auch ganz vernünftig, werden einem Hightech-Standort im internationalen

Vergleich aber nicht gerecht. Wir bekommen das im Lockdown mit all den zusammengebrochenen Videokonferenzen immer wieder mit.

Man kann jetzt sagen, dass wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern ganz vernünftig aufgestellt sind. Das mag sein. Wir spielen aber nicht in der zweiten oder dritten Bundesliga, sondern wir wollen vorne in der Champions League mitspielen. Im internationalen Vergleich geht uns der Breitbandausbau in Bayern noch zu langsam voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir ist im Ausschuss erklärt worden, warum die Staatsregierung nicht mehr machen könne und wer für die Quote der Breitbandversorgung alles verantwortlich sei. Nur die Staatsregierung sei es nicht. – Okay, die Gigabitrichtlinie, die überarbeitet wurde, enthält auch viele Vorschläge von unserer Seite. Uns GRÜNEN ist es beim Thema Digitalisierung aber noch zu wenig, so weiter zu machen wie bisher.

Deswegen schlagen wir ein Pilotprojekt mit Breitbandgutscheinen für die Haushalte vor, um das Thema Breitband auch an der Nachfrageseite zu packen. Leider sind wir damit auf taube Ohren gestoßen. Wenn Sie unsere Vorschläge aber dann wie bei der Gigabitrichtlinie übernehmen, kann in den nächsten Jahren auch das vorangehen. Bis hierhin – schade, liebe Staatsregierung, liebe Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN – tragen auch Sie natürlich am Ende ein Stück weit die Verantwortung dafür, dass wir diesen Versuch nicht machen und dass es mit dem Breitbandausbau dann auch nicht schneller vorangeht.

Wenn wir schon bei der Digitalisierung sind: Der Einzelplan des Digitalministeriums wird heute auch noch beraten. Wir GRÜNE raten dringend dazu, künftig in der Digitalisierung alle Kompetenzen zu bündeln. Breitbandinternet und Mobilfunk sollen künftig im Digitalministerium gebündelt werden. Dann kann die Digitalisierung Bayerns auch endlich im Digitalministerium gemanagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Fazit zu diesem Einzelplan: Beim Personal ist ein wichtiger Schritt getan, insbesondere in der Finanzverwaltung. Wenn ich aber in die Zukunft schaue, sorge ich mich einerseits um die Ausbildung in der Finanzverwaltung. Andererseits fehlen mir auch die Impulse beim Breitbandausbau, um hier noch mehr Geschwindigkeit aufzunehmen. Wir können dem Etat deswegen am Ende die Zustimmung nicht erteilen. – Danke sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Michael Hofmann das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Pargent, ich muss ehrlicherweise sagen, dass ich von dieser Stellungnahme massiv enttäuscht bin. Es ist eigentlich unterirdisch, dass Sie als Oberfranke Ihre eigene Heimat so schlechtreden.

(Zurufe)

Ich muss Ihnen das ganz deutlich sagen. Es ist eigentlich unglaublich, wie Sie darauf kommen, dass Oberfranken nicht in der Lage wäre, eine solche Einrichtung, die wir verlagern, mit Personal zu besetzen. Wenn Sie sagen, dass wir behutsamer vorgehen sollten, dann können wir es auch gleich bleiben lassen.

Sie werden aber halt wieder mal dem Naturell der GRÜNEN gerecht: Bedenkenträgerei, wo es nur irgend geht, insbesondere dann, wenn es nicht die eigene Idee war. – Glauben Sie denn, dass all die Lehrkräfte, die in Herrsching am Ammersee unterrichten, nur aus der Region kommen? Wir sind in Kronach in der Lage, das Ganze zu bespielen. Machen Sie Ihre Heimat nicht schlecht! Das ist genau der Punkt, der die Menschen daheim aufregt. Ich finde, es ist unterirdisch, was Sie da abgeliefert haben.

Interessant finde ich das Thema Breitband, zu dem Sie gesagt haben, – –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Zeit ist vorbei.

Michael Hofmann (CSU): – Schade. – Baden-Württemberg ist also, weil wir besser sind als Baden-Württemberg, offensichtlich kein Hightech Standort mehr.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Pargent, bitte.

Tim Pargent (GRÜNE): Ich kann Sie insofern beruhigen, als wir als bayerische Landtagsabgeordnete dem Wohl der gesamten Bevölkerung und damit auch ein Stück weit der Finanzverwaltung verpflichtet sind. Wir sind nicht einzig und allein regionale Vertreter. Das möchte ich vorwegschicken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Ausbildungskapazitäten muss man halt feststellen, dass Herrsching in großem Stil aus den großen Finanzverwaltungen im Großraum München und Umgebung Personal rekrutiert. Das kommt aus dem Landesamt für Steuern, dem Finanzministerium und den großen Finanzämtern hier in München. Ich habe ja gesagt, dass einer Außenstelle in Kronach, wie es eine in Kaufbeuren gibt, nichts entgegenstünde, um die Ausbildungskapazitäten, die man in Oberfranken und in Franken hat, dort auch zu nutzen. Es würde nichts dagegensprechen, so dass die gar nicht erst nach Herrsching fahren müssten. Nichtsdestoweniger habe ich und hat auch die Bayerische Finanzgewerkschaft hinsichtlich dieser Komplettverlagerung große Bedenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht als Nächster der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Kollege Pargent, Haushaltsdebatten zeigen politische Unterschiede auf; das ist heute wieder einmal sehr deutlich geworden.

Ich habe mich bei der ersten Haushaltsrede am vergangenen Dienstag bei den Steuerzahlern bedankt. Sie reden von Steuerhinterziehern. – Das ist Ihr Weltbild. Das ist das Bild, das Sie von Bayern haben.

(Zuruf)

Das ist das, was Sie in der Öffentlichkeit vermitteln.

(Zuruf)

Sie reden nur von Steuerhinterziehern und sagen, die Finanzämter seien deshalb Gerechtigkeitsbehörden, weil die Finanzämter die Steuersünder aufspürten. – Ich sage Ihnen, dass die Bußgeld- und Strafsachenstelle an den Finanzämtern wichtig ist; sie ist aber nur ein kleiner Teil. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Finanzbeamten, die in den Finanzämtern einen hervorragenden Job machen. Sie stehen in Europa an der Spitze. Wenn man insbesondere nach Südeuropa schaut – ich nenne mal das Stichwort Griechenland –, dann weiß man, was eine gute Finanzverwaltung für ein leistungsfähiges Staatswesen bedeutet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Pargent, Sie haben angesprochen, dass gute Ausbildung gewährleistet sein müsse. – Diese gute Ausbildung ist gewährleistet. Ich hätte es mir nicht träumen lassen, dass ich mich hierhin stellen und für Kronach Partei ergreifen muss, wenn doch der zweite Standort dieser Finanzhochschule in Kaufbeuren ist.

Herr Pargent, Sie können ja beantragen, dass alles nach Kaufbeuren kommt. Ich würde dagegen stimmen, weil man in der Tat das ganze Land im Blick haben muss. Selbstverständlich ist es keine Strafe, in Kronach ausgebildet zu werden. Eine solche Aussage ist den Menschen in Kronach gegenüber eine Unverschämtheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß gar nicht, was Sie mit Herrsching haben. Wissen Sie als Oberfranke, wie weit es von Herrsching nach Kaufbeuren ist? – 60 Kilometer. Das ist also nun wirklich nicht das Thema, dass diejenigen, die in Kaufbeuren ausgebildet werden sollen und wollen, nach Kaufbeuren gehen und die Franken eben nach Kronach. Wir werden auch in Kaufbeuren ebenso wie in Kronach neu bauen. – Herr Staatsminister, wir haben in Kaufbeuren inzwischen auch die Grundstücksfrage geklärt, sodass wir hier zeitnah loslegen können. Das ist ein gutes Signal und eine gute Sache; denn natürlich brauchen wir auch in der Zukunft in der Finanzverwaltung gut ausgebildete Menschen.Die Steuergesetze werden leider Gottes – das haben wir nicht unbedingt in der Hand – immer komplizierter. Deshalb müssen wir findigen Steuerberatern auch etwas entgegensetzen. Das hat gar nichts mit Steuerhinterziehung zu tun, aber es hat in der Tat etwas mit Gerechtigkeit zu tun, damit nicht diejenigen, die sich einen findigen Steuerberater leisten können, der irgendwelche Steuersparmodelle ersinnt, besser fahren als diejenigen, die anständig ihre Steuern zahlen. Wenn die Menschen anständig Steuern zahlen, dann brauchen wir auch nicht solche irrwitzigen Steuerdebatten zu führen; denn wir sind der Meinung, dass die Menschen, die etwas geleistet haben, ihren Anteil an das Gemeinwesen abgeben sollen, dass sie aber auch nicht über Gebühr belastet werden dürfen.

Die Behördenverlagerungen sind ein hervorragendes Thema. Wir FREIE WÄHLER stehen für den ländlichen Raum. Wir stehen für die Regionen. Inzwischen steht auch die Koalition dafür. Das war in der CSU, als wir noch nicht im Landtag waren, nicht unbedingt die vorherrschende Meinung. Inzwischen ziehen wir an einem Strang. Das ist gut, und das ist richtig; denn Bayern ist in den Regionen stark. Deswegen ist es auch folgerichtig, dass wir die Behörden in die Regionen verlagern. Wenn die GRÜNEN dagegen sind, zeigt das einmal mehr, wer es mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern ehrlich meint und für wen das nur Lippenbekenntnisse sind.

Ein Punkt ist noch wichtig, das ist der Breitbandausbau. Da schaue ich zum Finanzminister. Der Finanzminister sitzt seit 2008 im Bayerischen Landtag, die FREIEN WÄH-

LER sitzen auch seit 2008 im Landtag. Auch ich darf seit dieser Zeit dem Hohen Haus angehören. Als wir damals begonnen haben, waren wir mit dem Breitband wirklich hintendran. Das muss man sagen. Erwin Huber hat damals noch gesagt, der Breitbandausbau sei keine Staatsaufgabe, das solle die Wirtschaft selber regeln. Man muss aber auch ganz ehrlich sagen: Es gab einmal einen Finanzminister Eichel, der Mobilfunklizenzen meistbietend versteigert und nicht darauf geachtet hat, dass sich die Wirtschaft dazu verpflichtet, auch die Regionen abzudecken. Das muss man auch sagen. Hier sind wir einen erheblichen Schritt weitergekommen. Deswegen ist Ihre Kritik, Herr Kollege Pargent, völlig unfair.

Ich gebe Ihnen aber Recht, wir müssen hier noch besser werden. Das hat auch der Ministerpräsident bei einer seiner Regierungserklärungen sehr deutlich gemacht, als es darum ging, dass an den Schulen die Übertragung im einen oder anderen Fall nicht so funktioniert hat, wie wir es uns gewünscht hätten. Das ist das Problem des Breitbandausbaus, der in der Tat noch nicht so weit ist, wie wir uns das vorstellen. Von der Champions League können wir noch nicht reden. Wenn wir aber sehen, von woher wir gekommen sind und wo wir jetzt stehen, kann ich nur sagen, dass diejenigen, die in der Staatsregierung für den Breitbandausbau Verantwortung getragen haben, und auch die Parlamente in den letzten zwölfeinhalb Jahren richtig Gas gegeben und den Breitbandausbau richtig vorangetrieben haben. Wir sind dabei auf einem guten Weg, aber wir müssen zweifellos noch besser werden.

Insgesamt ist der Einzelplan 06 ein gut durchdachter, in sich stimmiger Haushalt. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pohl, vielen Dank. Es gibt drei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt vom Kollegen Tim Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Herr Kollege, es ist Ihre übliche Masche, Vorwürfe entkräften zu wollen, die gar nicht erhoben wurden. Das haben Sie auch jetzt unter Beweis ge-

stellt. Das lasse ich einmal dahingestellt. Ihre Ausführungen zur Bekämpfung der Finanzkriminalität haben aber schon Bände gesprochen. Ich kann aus Ihren Reden nur ablesen, dass Ihnen und den FREIEN WÄHLERN der Kampf gegen Finanzkriminalität, egal, ob es Cum-Ex oder Kassenbetrug usw., usf. ist, offenbar unwichtig ist, sonst würden Sie auf meine Rede, mit der ich den Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten den Rücken im Kampf gegen Steuerkriminalität gestärkt habe, nicht so angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Pargent, wenn Sie Jurist wären, würde ich sagen: Das ist jetzt der schlagende Beweis dafür, dass jemand den Umkehrschluss nicht kapiert hat. Ich habe nur gesagt, dass es unzulässig ist, die Steuerhinterziehung zum Hauptthema einer Rede zu machen. Nein, unzulässig ist es nicht. Es demaskiert aber denjenigen, der es tut. Das heißt aber noch lange nicht, dass derjenige, der die Steuerhinterziehung nicht zum Hauptthema macht, die Steuerhinterziehung billigt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Steuerhinterziehung wird von uns natürlich auf das Schärfste verurteilt. Genauso verurteilen wir aber, dass Sie offenbar jeden Steuerzahler in Bayern als potenziellen Steuerhinterzieher ansehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Prof. Dr. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Verehrter Herr Kollege Pohl, lieber Bernhard, eine Frage im Hinblick auf die Bekämpfung von Steuerverkürzungen. Dazu habe ich einfach nur eine Verständnis- oder Wissensfrage: Kannst du mir erklären, warum in Hamburg die Steuerverwaltung die Cum-Ex-Geschäfte anders behandelt als alle anderen Finanzverwaltungen in Deutschland einschließlich der bayerischen, oder kannst du dir das auch nicht erklären?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Eine rationale juristische Erklärung gibt es dafür nicht. Eine politische Erklärung gibt es sehr wohl. In Hamburg haben CSU und FREIE WÄHLER noch nie gemeinsam regiert. Vielleicht wäre CDU und FREIE WÄHLER in Hamburg einmal ein Modell. Dann würde sich vielleicht etwas ändern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die dritte Frage kommt vom Kollegen Martin Böhm.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Pohl, in der Beurteilung der Äußerungen des Kollegen Pargent von den GRÜNEN zu den Steuersündern sind wir uns, glaube ich, beide einig. 99,9 % der Bürger in Bayern sind sehr ordentliche Steuerzahler. Nicht so gut gefallen hat mir an Ihrer Rede die etwas süffisante Bezeichnung der steuerberatenden Zunft als findige Steuerberater. Ich will einmal eine Lanze für die steuerberatenden Berufe in Bayern brechen. Diese Äußerungen hatten in meinen Augen doch eine etwas negative Konnotation. Ich glaube, Steuerberater gestalten im Rahmen sich teils widersprechender und sehr undifferenzierter Steuergesetze die Steuererklärungen. Das als findig zu bezeichnen, halte ich für ein bisschen lax; denn für diese Berufsgruppe ist es bestimmt nicht einfach, sich in dem Chaos, das die Regierenden in Deutschland mit ihren Gesetzen schaffen, zurechtzufinden, auch wenn es hochgebildete Menschen sind.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der Begriff "findig" ist per se nicht negativ zu verstehen. Der Steuerberater hat seine Rolle. Das Finanzamt hat seine Rolle. Ich bin schon der Meinung, dass man einem findigen Steuerberater auch einen gut ausgebildeten Fachmann im Finanzamt gegenübersetzen muss, sonst spielt der Steuerberater im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mit der Steuerverwaltung Katz und Maus. Der Kollege Bausback hat Hamburg gerade als Beispiel genannt. Ich glaube, in Bayern wäre das nicht möglich. Das verdanken wir einer gut ausgebildeten und motivierten Steuerverwaltung. Es sollte uns doch einen, dass wir, natürlich im Rahmen geltender Gesetze, die Steuern, die uns zustehen, auch erheben und eintreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner für die AfD-Fraktion ist der Kollege Gerd Mannes.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen der heutigen Haushaltsdebatte zum Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat werde ich auf folgende Punkte besonders eingehen: erstens auf die allgemeine Entwicklung der Finanzen, zweitens auf den Bereich Infrastrukturausbau und Digitales und drittens auf unsere Änderungsanträge zum Einzelplan 06.

Mit den willkürlichen Inzidenzwerten und einer daraus resultierenden Lockdown-Politik fährt die Staatsregierung die bayerische Wirtschaft an die Wand. Der Lockdown kostet die Wirtschaft allein im Zeitraum von November 2020 bis April 2021 rund 40 Milliarden Euro. Das sind 3.000 Euro pro Einwohner. Das bayerische Inlandsprodukt ist im letzten Jahr um 6,5 % eingebrochen.Fast jedes zehnte Unternehmen ist von Insolvenz bedroht. Der wirtschaftliche Lockdown verursacht folgerichtig eine horrende Neuverschuldung und lässt die Steuereinnahmen wegbrechen. Somit beträgt der Rückgang der Steuereinnahmen im Jahr 2021 im Vergleich zum Jahr 2019 geschätzte 3,7 Milliarden Euro. Vergleicht man die Haushaltseinnahmen der Jahre 2019 und 2021, stellt man einen Rückgang von 66 Milliarden Euro auf 57,6 Milliarden Euro fest. Gleichzeitig steigen aber die Ausgaben von 64,7 Milliarden Euro auf 70,2 Milliarden Euro. Der Schuldenstand steigt im Vergleich von 2019 zu 2021 von 26,9 Milliarden Euro auf 46,8 Milliarden Euro. Das ist ein Schuldenanstieg von 74 %.

Der BayernFonds wird als Schattenhaushalt geführt und bringt bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung langfristig ein zusätzliches Verlustrisiko. Herr Füracker, setzen Sie sich doch bitte für das Ende des wirtschaftsschädlichen Lockdown ein! Nur

wertschöpfende Unternehmen sichern ausreichend Steuereinnahmen und verhindern sinkende Steuereinnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Damit vermeiden Sie auch die Schuldenmacherei.

Man könnte annehmen, dass die Staatsregierung in ausgewählten Bereichen den Rotstift ansetzt und unnötige Ausgaben kürzt. Im Einzelplan 06 sind aber erst einmal Mehrausgaben von 150 Millionen Euro und knapp 500 zusätzliche neue Stellen vorgesehen. Wir als AfD-Fraktion bewerten das kritisch. Die Steuerzahler Bayerns werden jedenfalls für das Corona-Missmanagement der Regierung in den nächsten Jahren tief in die Tasche greifen müssen.

Die Krise hat auch gezeigt, dass digitale Infrastruktur Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung und ein modernes Industrieland ist. – Herr Hofmann, Bayern steht im innerdeutschen Vergleich im Bereich digitaler Infrastruktur, den Breitbandausbau betreffend, durchschnittlich da. Es ist richtig, dass über 97 % der Haushalte mit einem Internetanschluss mit akzeptabler Bandbreite von mindestens 30 Mbit/s versorgt werden. Das muss aber auf nahezu 100 % der Haushalte ausgebaut werden. Insbesondere Schwaben mit zu 96 % erschlossenen Haushalten und Niederbayern mit zu 95 % erschlossenen Haushalten müssen schnellstens komplett erschlossen werden. Seit 2014 wurde nur ein geringer Teil der Glasfaseranschlüsse direkt ans Haus gelegt – das ist Fakt. Das Breitbandnetz von morgen braucht Übertragungsraten im Gigabit – und nicht im Megabitbereich. Hier laufen wir trotz aller Anstrengungen Gefahr, im internationalen Vergleich zurückzufallen. Der Glasfaserausbau muss daher zügig weitergebracht werden. Eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren wird gebraucht, damit Glasfaser auch direkt in die Haushalte gelegt werden kann. Nur so schaffen wir den Ausbau eines großflächigen Gigabit-Breitbandnetzes.

Zu unseren wichtigsten Änderungsanträgen: Für eine lebenswerte Heimat fordern wir noch einmal eine deutliche Aufstockung der Heimatpflege. Das soll über Einsparun-

gen beim Zuwanderungs- und Integrationsfonds gegenfinanziert werden. Wie bereits angesprochen, fordern wir für eine rasche Umsetzung der Digitalisierung zusätzliche Mittel für eine "Arbeitsgruppe Breitbandausbau". Diese soll vorausschauende Planungen übernehmen, frühzeitig zum effizienten Ausbau geeignete Technologien identifizieren und sich anschließend um deren Implementierung kümmern.

Die Augsburger Messe ist mir als Abgeordnetem aus dem Regierungsbezirk Schwaben ein Herzensanliegen. Der dauerhafte Verlust des Messestandorts Augsburg würde dem Wirtschaftsraum Bayerisch-Schwaben schweren Schaden zufügen. Im Rahmen der Corona-Maßnahmen ist dies zu befürchten. Wir fordern an dieser Stelle, eine dauerhafte finanzielle Beteiligung und weitere Bürgschaften für Überbrückungskredite zu prüfen. Für die Beteiligung haben wir 8 Millionen Euro beantragt. Der Messestandort Augsburg muss für die Zukunft erhalten bleiben. Die Bayerische Staatsregierung ist hier wegen ihrer strikten Lockdown-Politik in der Pflicht.

Wir lehnen den Haushaltsentwurf zum Einzelplan 06 wegen der falschen Prioritätensetzung ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Florian Ritter für die SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Unser Dank gilt den vielen bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die die Grundlage für diesen Haushalt legen, und den Beschäftigten der Finanzverwaltung, die tatsächlich einen nicht immer einfachen Job haben. Dazu gehört zum einen die Arbeitsbelastung, zum anderen natürlich auch, dass man gerade in der Finanzverwaltung immer wieder einmal zur Konfliktperson wird. Das macht es tatsächlich nicht immer einfach.

Man muss leider dazusagen, dass die Beschäftigten in der Finanzverwaltung in den letzten Jahren vonseiten der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktionen im Haus nicht den gewünschten Rückhalt gehabt haben. Nicht ohne guten Grund haben wir in den letzten Jahren die Forderung nach massiven Stellenerhöhungen in der Finanzverwaltung gestellt. Wir begrüßen natürlich, dass das jetzt zumindest in Teilen nachvollzogen wird, aber erst einmal ist nur die Richtung geändert und das Ziel tatsächlich noch nicht erreicht.

Wir haben in den letzten Jahren auch in anderen Bereichen immer wieder den Finger in die Wunde gelegt, sei es bei der Zusammenarbeit von Steuerfahndung, Staatsanwaltschaft und Gerichten oder sei es bei der Stärkung der Finanzaufsicht. Ehrlich gesagt, kann ich die eben über die Stärkung der Steuerfahndung und der Fahndung gegen Steuersünder geführte Debatte nicht so ganz verstehen, weil es das Recht jedes ehrlichen bayerischen Steuerzahlers und jeder ehrlichen bayerischen Steuerzahlerin ist, dass gegen die schwarzen Schafe vorgegangen wird und vorgegangen werden kann, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist keine Unterstellung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern; wir wollen, dass der weit überwiegenden Mehrheit ehrlicher Steuerzahler hier auch zu ihrem Recht verholfen wird.

Kolleginnen und Kollegen, Corona hat neben den Herausforderungen der letzten Jahre noch weitere gestellt. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Bekämpfung von Corona und der wirtschaftlichen Folgen haben wir mitgetragen und halten wir weiterhin für richtig. Wenn der Staat Einschränkungen für die Wirtschaft verfügt, muss er auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Unternehmen, die Arbeitsplätze und die wirtschaftlichen Infrastrukturen in den Regionen erhalten werden und die Existenz der Menschen gesichert wird.

(Beifall bei der SPD)

Dies betrifft auch die Absicherung gegen die sozialen Folgen der Pandemie.

Gleichzeitig kritisieren wir aber die massiven Fehler und Versäumnisse, die bei der Verwendung und Ausschüttung der Mittel an die Betroffenen gemacht wurden, zum Beispiel mit dem ersten bayerischen Hilfsprogramm, bei dem vom bayerischen Wirtschaftsministerium nur diejenigen Selbstständigen bedacht werden sollten, die Angehörige freier Berufe sind. Erst nachdem sich Bundesfinanzminister Scholz auf Bundesebene der Steuerung der Hilfen angenommen hat, fing das Ganze an zu funktionieren.

Seitdem konzentriert sich die Politik der Staatsregierung vor allem darauf, die Kosten für die wirtschaftlichen Hilfen auf den Bund abzuwälzen. Unrühmliche Beispiele dafür sind zum Ersten das endlose Gezerre um die Hilfen für Künstlerinnen und Künstler – mein Dank gilt hier tatsächlich Volkmar Halbleib, der das früh angesprochen und vorangetrieben hat –

(Beifall bei der SPD)

und zum Zweiten das Gezerre bei den Wirtschaftshilfen für die Brauereigaststätten. Auch hier war es ein Mitglied der SPD-Fraktion, Klaus Adelt, das sich früh darum gekümmert hat

(Zuruf)

und hartnäckig geblieben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Strategie der Kostenvermeidung um jeden Preis droht uns gewaltig auf die Füße zu fallen, wenn wir in den nächsten Monaten die Frage beantworten müssen, wie wir nach den Corona-Beschränkungen die Wirtschaft wieder in Gang bringen wollen. Wer Bayern zukunftsfähig machen will, muss investieren und hätte das auch schon in der Vergangenheit tun müssen. Man hätte nicht nur in das eine oder andere Leuchtturm-

projekt, sondern in eine moderne, energieeffiziente und klimaneutrale Infrastruktur investieren müssen, die Arbeitsplätze schafft und sichert.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, Forschung ist gut und wichtig, aber wir müssen auch in die Anwendung im Freistaat investieren. Wir müssen in ein flächendeckendes Glasfasernetz investieren, anstatt wie in der Vergangenheit mit nicht zukunftstauglichen Übergangstechniken das Kupfernetz am Leben zu erhalten. Wir müssen in leistungsfähige digitale Infrastruktur in der Bildung auf der Grundlage moderner pädagogischer und didaktischer Erkenntnisse investieren. Wir müssen in den bedarfsgerechten Ausbau des ÖPNV und des SPNV investieren. Wenn hier kein Schwerpunkt gesetzt wird, können klimaneutrale Mobilität und ein klimaneutrales Bayern nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Investieren, Klimakrise bekämpfen, regionale Wirtschaft stärken, modernste digitale Infrastruktur schaffen, Bildung kindgerecht und zukunftsfähig weiterentwickeln – hier liegen die Aufgaben, an die sich die Staatsregierung seit Jahren nicht oder nur unzureichend heranwagt. So ist es auch in diesem Haushalt. Bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, wird nach Corona zu einer weiteren zentralen Herausforderung der Wirtschafts- und damit auch der Haushaltspolitik.

Wir lehnen diesen Haushalt sicher nicht in Bausch und Bogen ab; einiges darin können wir unterstützen und mittragen. Die Herausforderungen aber, die man in den letzten Jahren vor sich hergeschoben hat, sowie die neuen Aufgaben, die mit Corona auf uns zukommen, werden damit nicht im Ansatz angegangen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion spricht als Nächster Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie war und ist sicherlich eine große Herausforderung auch für dieses Ministerium und seine zugeordneten Behörden. Es waren zahlreiche Sofortmaßnahmen notwendig, Steuerstundungen, Rückerstattungen, Änderungen, Vorauszahlungen. Wahrscheinlich gehört auch der BayernFonds dazu. Da ist dem Personal sicherlich sehr viel abverlangt worden. Das begründet auch, dass kein Personal abgebaut und an manchen Stellen sogar aufgebaut wird. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass die FDP, die sonst immer für Personalabbau plädiert, ausdrücklich unterstützt, dass hier Personal aufgebaut werden muss.

Hinzu kommt das Thema Grundsteuer. Wir haben zwar gelernt, dass das bayerische Modell wohl kein umfassendes Bewertungsmodell umfassen wird, aber es wird doch ein erheblicher Zusatzaufwand zu erwarten sein. Bemerkenswert ist bei dieser Gelegenheit übrigens, dass dem bayerischen Parlament oder auch uns im Haushaltsausschuss bis heute kein Entwurf dazu vorliegt. In anderen Bundesländern wird das hingegen schon lange diskutiert. Ich weiß zum Beispiel, dass in einem benachbarten Bundesland der zuständige Minister das sofort an die Finanzsprecher aller Fraktionen geschickt hat, sobald er einen Vorschlag aus den bayerischen Landen hatte. Das ist interessant; Transparenz würde ich mir anders vorstellen.

Wie ich schon gesagt habe, fordern wir keinen Personalabbau, allerdings mit einer Ausnahme, und die betrifft unseren Lieblingslandesbeauftragten, und zwar den für den Bürokratieabbau. Ich will hier nicht wieder die Diskussion über die Beauftragten anfangen, und ich will auch nicht danach fragen, weshalb die FREIEN WÄHLER jetzt eine andere Weisheit vertreten. Es geht mir einfach speziell um den Bürokratieabbau. Einerseits geht es dabei um den Abbau vorhandener Bürokratie. Auf der anderen Seite geht es auch darum, sich aktiv einzumischen, wenn neue Bürokratie entsteht. Ich nenne hier ein paar Beispiele; denn wir tun immer so, als würden wir über alte Bürokratie reden. Nein, wir schaffen ständig neue. Heute Morgen in der Fragestunde haben wir schon gehört, dass in der Corona-Pandemie manche Ärzte sagen: Ich

werde nicht impfen, wenn ich mich an diesen Bürokratie-Wahnsinn halten muss und ich nicht so impfen kann, wie ich auch sonst impfe. – Auch hier brauchen wir Bürokratieabbau.

Wir haben das Transparenzregister. Es ist sicherlich aus bestimmten Gründen in Berlin entstanden. Auch da hat sich niemand eingemischt, aber auch da hätte ich erwartet, dass sich der Bürokratiebeauftragte zu Wort meldet. Oder ein Beispiel aus meinem eigenen Bereich, der Laienmusik. Da ist gerade ein Verfahren eingerichtet worden, wie die Fördermittel an die Laienmusiker kommen. Das ist ein Bürokratiemonster. Ich kenne Vereinsvorsitzende, die deshalb inzwischen ihr Amt abgegeben haben. Da müsste man schon einmal auftreten, sich aktiv einmischen und nicht nur die alten Dinge bearbeiten. Nur wenn man sich aktiv einmischt, würde so ein Bürokratiebeauftragter – oder besser gesagt: ein Bürokratieabbaubeauftragter – überhaupt Sinn machen.

(Beifall bei der FDP)

Nun noch ein paar ausgewählte Themen aus dem Einzelplan: Die Behördenverlagerung ist teilweise schon angesprochen worden. Ich finde sie grundsätzlich gut. Wir bekommen aber teilweise Vorlagen, insbesondere beim Hochbau, die mit Behördenverlagerung begründet werden, und da werden teilweise aberwitzige Beträge pro Arbeitsplatz angesetzt. Wenn man ein Unternehmen beauftragen würde, eine Niederlassung zu gründen, würde wahrscheinlich nur ein Bruchteil dieser Beträge anfallen.

Zum Thema Digitalisierung will ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen, dazu werden wir heute Nachmittag im Rahmen der Beratung des Einzelplans für das Digitalministerium sicherlich noch ausführlich diskutieren.

Die Förderprogramme habe ich schon erwähnt. Wir haben einmal eine Anfrage gestellt, weil wir eine Übersicht über die Förderprogramme haben wollten. Daraufhin haben wir die Antwort bekommen, wir müssten eine Anfrage an jedes Ministerium stellen, es gebe keine Übersicht. Das heißt dann aber natürlich auch, dass sie nicht regel-

mäßig evaluiert werden. Damit sind wir wieder bei dem Thema, das der Oberste Rechnungshof erst kürzlich wieder angesprochen hat.

Zur Zufriedenheitsstudie: Vor einiger Zeit gab es eine Zufriedenheitsstudie im Hinblick darauf, wie zufrieden die Bürger mit den Finanzämtern sind. Ich verstehe zwar, dass die Studie nicht publiziert wird; jetzt müsste sie aber irgendwann doch einmal publiziert werden, nachdem man sich damals durchaus gelobt hat. Es müsste überlegt werden, welche Schlüsse man noch daraus ziehen will und was tatsächlich geändert wird.

Ein Thema liegt mir ganz besonders am Herzen, und das ist das Thema Fraktionsreserve. Das ist der Topf, aus dem die Regierungsfraktionen ihr Klientel bedienen können. Ich fand es bemerkenswert, dass der Finanzminister im Haushaltsausschuss dazu gesagt hat, er als Finanzminister habe auf die Verwendung der Fraktionsreserven keinen Einfluss, weshalb er zu diesem Thema auch nicht Stellung nehmen könne. – Das finde ich an dieser Stelle einen Offenbarungseid. Man müsste bei allen Ausgaben immer wieder überlegen: Was ist die Zielsetzung, was sind die Maßnahmen, wie kann ich die Maßnahmen evaluieren? – Wenn ich mir anschaue, welche Gelder aus der Fraktionsreserve verteilt wurden, schließe ich daraus: Da wäre jede Menge zu holen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ein Punkt ist mir trotzdem noch wichtig. Wir haben 60 Millionen Euro Fraktionsreserve. Wir haben einen Einjahreshaushalt. Bisher haben wir 60 Millionen Euro im Doppelhaushalt gehabt. Das heißt, wir haben die Summe in diesem Jahr verdoppelt. Das muss man einmal ganz laut und deutlich sagen. Hier haben sich die Regierungsfraktionen eine Verdoppelung beschert.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie bekommen gleich noch Redezeit, weil es noch eine Rückfrage gibt.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): – Ja, vielen Dank. – Insgesamt betrachtet kann man dem Einzelhaushalt trotzdem zustimmen, weil wir die Arbeit der Beamten, die damit befasst sind, auf jeden Fall positiv unterstützen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Walter Nussel macht eine Zwischenbemerkung.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, ich bin nicht nur erstaunt und erschüttert, ich bin vor allem sprachlos. Die FDP stellt hier jährlich meine Arbeit infrage. Sie findet es aber nicht der Mühe wert, mit mir darüber zu sprechen. Seit vier Jahren mache ich diesen Job. Ich habe das immer wieder angemahnt. Andere Fraktionen haben mit mir gesprochen. Die FDP hingegen hat bis heute nicht mit mir gesprochen. Sie stellen sich hier hin und wollen meine Arbeit und die Arbeit meiner Leute in Frage stellen. Dabei wissen Sie gar nicht, wovon Sie hier sprechen. Das möchte ich einmal deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CSU)

So sollte man unter parlamentarischen Kollegen nicht miteinander umgehen. Ihr Kollege Duin, den ich im Wirtschaftsausschuss sehr schätze – mit ihm habe ich ein paar Mal gesprochen –, sieht das genauso wie ich. Ich muss sagen: Nehmen Sie sich doch dafür die Zeit! Ich erkläre Ihnen, wo ich mich wann und wie einbringe. Ich halte allerdings nichts davon, an die Presse zu gehen oder irgendetwas zu versprechen, worum man sich erst im Nachgang kümmert. Ich kümmere mich vorher darum. Wenn es Ergebnisse gibt, dann bringe ich diese nach außen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Dazu möchte ich zwei Aspekte sagen. Das eine ist die grundsätzliche Diskussion über Beauftragte. Ich halte diese Beauftragten nach wie vor für wenig sinnvoll. Nur an ganz ausgewählten Punkten sind sie sinnvoll.

(Beifall bei der FDP)

Als Beauftragter für den Bürokratieabbau haben Sie einen Bericht herausgegeben. Ich habe mich auch fraktionsintern darüber unterhalten, auch mit Herrn Kollegen Duin. Ich nehme Ihr Angebot gerne an, mich direkt mit Ihnen zu unterhalten. Ich gehe aber von den Informationen aus, die mir zur Verfügung stehen.Zu den Punkten, die ich hier angemerkt habe, muss ich ergänzen: Da hätte man sich wirklich ganz aktiv einmischen und an der Stelle einiges proaktiv beitragen können.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Kaltenhauser, Sie sind doch ein Profi. Deswegen wundert es mich, dass Sie ständig diese Story mit der Fraktionsreserve bringen. Sie wissen ganz genau: Der Haushaltsgesetzgeber ist der Bayerische Landtag. Die Regierungsfraktionen stellen genauso wie die Oppositionsfraktionen Anträge zum Haushalt, und die werden dann mit der Regierungsmehrheit nun einmal beschlossen.

Um hier keine Legendenbildung zuzulassen, stelle ich klar: Der Einfluss der Regierungsfraktionen auf den Haushalt bezieht sich auf den kompletten Haushalt mit über 70 Milliarden Euro und nicht auf nur 60 Millionen Euro. Sie als Mitglied des Haushaltsausschusses sollten sich auch nicht so verzwergen zu sagen, dass Sie nur für Ihre paar FDP-Anträge zuständig sind. Sie haben genauso wie wir die Möglichkeit und das Recht, dem ganzen Haushalt zuzustimmen oder ihn abzulehnen oder durch Anträge Ihre Akzente zu setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Pohl, es macht immer wieder Spaß mit Ihnen. Man müsste das einmal mitschreiben, vielleicht führe ich mal eine Strichliste. Auf der einen Seite gibt es im Haushaltsausschuss von Ihnen Kommentare wie: Ja, das ist halt mal so, wir sind jetzt in der Regierung, wir bestimmen.

(Zuruf)

– Ja, freilich. – Auf der anderen Seite wird hier argumentiert nach dem Motto: Ihr könnt doch mitreden, ihr bestimmt auch.

Erstens ist die Fraktionsreserve als solche verdoppelt. Das kann niemand bestreiten. Zweitens. Wenn ich bestimmte Anträge stelle, mag der eine oder andere davon durchaus richtig sein, aber mit der Begründung könnte ich noch zwanzig andere finden. Dann ist es einfach eine Ungleichverteilung, die passiert. Nur weil der eine Abgeordnete zufällig den einen kennt, gibt es dort Gelder. Ich sage nicht einmal, dass das Anliegen da falsch ist. Aber wenn man es richtig machen würde, müsste man ein Kriterium festlegen und schauen, wo das in Bayern notwendig ist. Das passiert nicht. Das passiert jetzt nicht und ist auch mit unserer Regierungsbeteiligung früher nicht passiert. Das bestreite ich überhaupt nicht. Ich finde es aber nach wie vor falsch.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als nächster Redner spricht der Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Da ist jetzt wieder einiges an Staub aufgewirbelt worden, sodass ich jetzt wieder für ein bisschen Klarheit sorgen möchte. – Entschuldigung, ich nehme nur noch meine Maske ab.

Dieser Haushalt steht natürlich unter besonderen Vorzeichen. Er ist ein Krisenhaushalt. Er ist natürlich auch eine Antwort auf die Corona-Pandemie. Wir müssen diese

Krise gemeinsam meistern. Ich glaube, das steht völlig außer Frage. Dazu gehören natürlich Respekt und ein Miteinander.

Deswegen möchte ich an der Stelle dem einen oder anderen, der unseren Respekt verdient, Danke sagen. Dazu gehören für mich zum Beispiel die Brauereigaststätten. Da möchte ich denjenigen Dank aussprechen, denen Dank gebührt. Der Kollege Michael Hofmann gehört natürlich dazu. Dazu gehören natürlich auch unser Finanzminister Albert Füracker, der Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und selbstverständlich unser Ministerpräsident Markus Söder. Herzlichen Dank für diesen Einsatz!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch jemandem möchte ich recht herzlich Danke sagen, nämlich unserem Bürokratiebeauftragten Walter Nussel, der sich, glaube ich, für viele den Allerwertesten aufreißt, viel versucht, Praxischecks usw. macht und alles Mögliche unternimmt, um Verbesserungen herbeizuführen. – Lieber Walter, deswegen auch dir ganz herzlichen Dank für deinen Einsatz!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage vielen herzlichen Dank unserem Finanzminister Albert Füracker, der trotz schwieriger Haushaltslage an allen Zusagen festhält, die in den vergangenen Jahren gemacht worden sind. Wir schaffen mit diesem Haushalt Stellenhebungen im Umfang von 10 Millionen Euro. Das ist fast eine Verdoppelung gegenüber den Vorjahren.

Wie gesagt, der Finanzminister hält trotz schwieriger Haushaltslage an der Bezügeanpassung von 1,2 % im Jahr 2021 fest. Wir machen keine Politik nach Kassenlage. Deswegen der herzliche Dank an unseren Finanzminister Albert Füracker, der Kurs hält und die richtigen Stellschrauben dreht; denn nur dadurch bleibt der Freistaat Bayern ein moderner, vielseitiger und zuverlässiger Arbeitgeber.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Selbstverständlich richte ich auch einen ganz großen Dank an unsere Mitarbeiter in den Finanzämtern. Die Finanzämter haben in dieser Pandemie mit Bravour Großartiges geleistet. Sie sind in ihrer Vorreiterrolle ins Homeoffice gegangen, haben den Betroffenen unkompliziert geholfen. Sie haben den Gesundheitsämtern und den Regierungen Unterstützung und Amtshilfe geleistet; alleine wäre es für diese schwierig gewesen. Das ist gelebte Solidarität. Für mich ist unsere Finanzverwaltung eine Allzweckwaffe in unserer Staatsverwaltung; denn ohne Verwaltung ist auch in Bayern kein Staat zu machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich ist für uns von der CSU- und der FREIE-WÄHLER-Koalition, von der Bayernkoalition, die Steuergerechtigkeit ein wichtiges Thema. Das steht völlig außer Frage. Wir wollen und wir brauchen eine gut aufgestellte und gut ausgebildete Steuerverwaltung. Das ist natürlich eine wichtige Voraussetzung. Deswegen haben wir selbstverständlich auch in Zukunft einen Blick auf die Ausbildung, auf die Hochschule für den öffentlichen Dienst, auch mit Blick auf Herrsching am Ammersee. Wir haben auch einen Blick auf die gute technische Ausstattung und auf moderne Gebäude.

Steuergerechtigkeit ist für uns wichtig. Das ist selbstredend. Wir brauchen gerechte Gesetze und einen gerechten Vollzug. Wir wollen keine Steuerhinterziehung. Wir wollen keine Steuerflucht, und wir wollen, Kollege Pohl, keine Steuerflucht- und Steuergestaltungsakrobatik, wie es möglicherweise der eine oder andere vornimmt. Wir wollen aber keinen Pauschalverdacht gegen irgendjemanden. Natürlich darf der Ehrliche nicht der Dumme sein. Es darf aber keinen Pauschalverdacht geben. Auf jeden Fall wollen wir nicht, dass Kontrollen um der Kontrolle willen gemacht werden, weil bei uns der Grundsatz gilt: Leben und leben lassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage noch zwei Worte zur Grundsteuer. Wir schaffen eine klare, wertunabhängige und unbürokratische Grundsteuer. Auf jeden Fall bin ich froh, dass unser Finanzminister die Länderöffnungsklausel nutzt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Lieber Kollege Halbleib, weil Sie hier gerade dazwischenrufen – wir wollen auf jeden Fall keine verkappte Vermögensteuer, wie Ihr Genosse Scholz das von uns wollen würde. Nein, wir schaffen Klarheit und Planungssicherheit, weil wir natürlich auch wissen: Mit der Steuerpolitik der SPD ist es wie eh und je, mit der Steuerpolitik von Ihnen kommt man zu einem kleinen Vermögen, vorausgesetzt, man hatte vorher ein großes. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem Reichen kann man nur einmal etwas wegnehmen. Das wäre ein Angriff auf das Eigentum, den Sie führen wollen.

(Zurufe)

– Ein bisschen mehr Substanz wünsche ich mir von Ihnen. – Meine Redezeit ist leider vorüber. – Herr Kollege Güller, Sie können ja etwas fragen. – Dieser Haushalt ist wohldurchdacht.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Wolfgang Fackler (CSU): Er ist auf jeden Fall ausgewogen. Er setzt die richtigen Prioritäten. Wir setzen auf Heimat und Regionalität. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zum Einzelplan 06.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Für die Staatsregierung hat nun der Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe zwar heute Nachmit-

tag noch einmal die Möglichkeit, beim Einzelplan 13, beim FAG und beim Haushaltsgesetz zur Gesamtkonzeption des Haushalts Stellung zu nehmen. Nachdem aber gerade doch ein paar Dinge angesprochen wurden, wobei das, was wir tun, substanziell falsch dargestellt wurde, muss ich trotzdem ein paar Dinge erklären. Ich glaube, das ist wichtig.

Ich möchte damit beginnen, einzuordnen, wo wir eigentlich stehen. Jeder von uns, der sich irgendwie äußert, erklärt gerade, dass wir uns in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg befinden. Das gilt übrigens nicht nur für Bayern, Deutschland und Europa, sondern für die ganze Welt.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass wir in der Lage sind, in Bayern zur Krisenbewältigung nicht darüber diskutieren müssen, was wir uns jetzt nicht mehr leisten, weil wir eine große Krise haben, sondern dass wir geradezu konzeptionell darüber nachdenken können, was wir zusätzlich tun können, wo wir investieren können, damit wir gemeinsam gut durch die Krise kommen und aus der Krise wieder herauskommen. Das ist eben so. Das muss jeder auch einmal begreifen, egal, wie man jetzt zu all diesen Dingen steht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, entscheidend ist, dass wirtschaftliche Prosperität auf Dauer nur entstehen kann, wenn ein Volk auch gesund ist. Ich weiß nicht, ob das lange tragen könnte, zu glauben, dass man mit der Volksgesundheit sozusagen jetzt spielen könne, um die Wirtschaft zu retten.Ich will jetzt nicht in dieses Thema einsteigen, aber es gibt Länder, die es anders gemacht haben, zum Beispiel Schweden. Das wird immer wieder als Musterbeispiel genannt. Dort ist die Arbeitslosigkeit von 6,77 % auf jetzt 9,28 % gestiegen. Ob also dieser Weg automatisch dazu führt, dass wirtschaftliche Prosperität besser konserviert oder ausgebaut werden kann, lasse ich einmal dahingestellt sein.

Aber wir haben es doch wenigstens geschafft, alle miteinander den Weg zu gehen, dass die Menschen bei uns möglichst gesund bleiben. Wir haben jetzt alles schon tausendmal gehört und diskutiert, ausgehend von den Inzidenzzahlen und wie sich deren Entwicklung in den Krankenhäusern auswirkt. Selbstverständlich ist es auch hier so:

Wir diskutieren wochenlang um des Kaisers Bart. So lange niemand etwas Besseres als diese Inzidenzzahlen hat, so lange müssen wir eben damit arbeiten. Jeder hat schon hundertmal seine Bereitschaft erklärt, die Dinge zu ergänzen und zu diskutieren. Jeden Tag sind wir auf der Suche nach einem besseren Weg, und der Haushalt ist auch ein Ergebnis auf diesem besseren Weg.

Wir haben nichts gestrichen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche uns, dass wir in zwei oder drei Jahren, wenn wir wieder über den Haushalt diskutieren, nicht über die Probleme lachen, die wir heute als groß ausmachen. Wir diskutieren darüber, wie wir eigentlich gar nicht vorhandenen Zuwachs verteilen, weil wir es uns leisten können zu sagen: Wir ersetzen unsere Steuerausfälle und investieren dennoch. – Wir verteilen Zuwächse in Zeiten der höchsten Krise. Sehr geehrte Damen und Herren, das kann man nur machen, wenn man auf stabilem Grund steht. Das ist in Bayern der Fall, weil wir seit Jahren stabile Haushaltspolitik betrieben und nicht jedem Wunsch nachgegeben haben, der da war und oft natürlich auch berechtigt war.

Meine Damen und Herren, nur weil etwas nicht im Haushalt steht, heißt das doch nicht, dass ich mir das nicht auch wünschen würde. Ich habe mein ganzes Leben lang ein – ich gebe zu – relativ kleines Unternehmen geführt, bevor ich Landtagsabgeordneter geworden bin, und da war es ähnlich. Ich hätte unbeschränkt viele Ideen gehabt, was man noch alles tun kann, und so ist es hier auch. Deswegen rufe ich allen einmal zu: Bei aller Euphorie bezüglich bestimmter Dinge müssen wir sehen, was notwendig ist. Dass die Stärkung der Wirtschaft durch Investition nötig ist, ist doch unstrittig, und ebenso, dass man dazu eine gute staatliche Verwaltung braucht.

Diese Staatsverwaltung ist weit besser, als immer wieder darzustellen versucht wird. Jeder, der sich einmal mit dem Innenleben von Verwaltung beschäftigt, weiß, wie viele Tausend Menschen sich da um beste Arbeit bemühen. Bei den Politikern ist es doch nicht anders: Die einen sind noch engagierter als die anderen. Menschen mit Fähigkeiten, mit Stärken und Schwächen gibt es überall. Ich bin für Steuer-, Finanz-, Vermessungsverwaltung und all diese Sparten gerne zuständig. Unsere Arbeit im Frei-

staat wird durch unsere Verwaltung hervorragend begleitet und umgesetzt. Das möchte ich an der Stelle schon einmal sagen dürfen.

Wir haben das in der Steuerverwaltung in den letzten Jahren auch immer wieder sehr deutlich dokumentiert. Wir haben in den letzten neun Jahren praktisch jedes Jahr im Durchschnitt etwa hundert zusätzliche Stellen in die Steuerverwaltung gegeben. Warum man das für zu wenig hält, weiß ich nicht ganz genau. Auch hier ist es natürlich zu wenig. Überall ist es zu wenig. Wenn die Unternehmen mit mir darüber sprechen, wie oft Steuerfahndungen oder Steuerprüfungen stattzufinden haben, auch bei kleinen Unternehmen, ist man dort nicht der Meinung, dass wir viel zu wenige Steuerprüfer haben. Wenn ich mir einmal anschaue, wie erfolgreich unsere Steuerprüfer bei ihren Prüfungen unterwegs sind, dann stelle ich hier fest, dass wir weitaus bessere Prüfergebnisse als andere Bundesländer haben. Also funktioniert es doch. Reden wir doch nicht immer alles schlecht, was wirklich gut funktioniert.

Wir stärken die Steuerverwaltung weiter und setzen natürlich Steuern um, auch die Grundsteuer, Herr Dr. Kaltenhauser. Wir sind in der Verbändeanhörung, und wir werden uns auch im Parlament ausreichend mit den Fragen beschäftigen. Ohnehin ist nichts transparenter als das, was wir bei der bayerischen Grundsteuer von Anfang an wollten. Auch hierfür werden wir das notwendige Personal bereitstellen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir bei allem Verwaltungshandeln mit modernen Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz und der vorhandenen elektronischen Aktenführung alle an uns gestellten Ansprüche erfüllen werden. Nur wird immer so getan, als wäre alles ganz schlecht.

Ich will auch zum Breitbandausbau noch einmal etwas sagen. Ich weiß ja nicht, wie oft wir das noch diskutieren müssen. Ich diskutiere es immer wieder gerne, weil es kein anderes Projekt gibt – –

(Zuruf)

– Na ja, Sie waren im Wirtschaftsausschuss mit Ihrer Kritik relativ ruhig, als wir da eine Stunde lang diskutiert haben. Die Kritik war dann relativ beschränkt. Ob die große Idee, jemandem einen 500-Euro-Gutschein für etwas zu geben, das 10.000 Euro kostet, der Weisheit letzter Schluss ist, weiß ich jetzt nicht genau, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben jedenfalls in Bayern und in ganz Deutschland folgende Situation: Für den Breitbandausbau gibt es keine Zuständigkeit des Freistaats Bayern. Die Zuständigkeit ist nirgendwo definiert. Dafür ist die Wirtschaft zuständig, und diese baut auch ganz massiv aus. Aber sie macht das eben wirtschaftlich handelnd. Sie macht, was sich lohnt. Auf einem Dorf mit 150 Menschen, wo ich lebe, lohnt es sich leider nicht so sehr wie in einer großen Stadt, weil man dort mit einem Kilometer Glasfaser mehr Häuser erschließen kann als auf dem Land.

Wir haben hier Marktversagen. Deswegen haben wir spätestens mit unserem Förderprogramm 2013 wirklich alles getan, um trotz der bei uns vorhandenen Marktkräfte ein Programm anzubieten, das für alle schnell umsetzbar ist, mit bester Beratung unserer Vermessungsverwaltung, ein Programm, das viel Geld zur Verfügung stellt und alle Möglichkeiten schafft. Ich weiß ja nicht, wie oft man das noch behauptet.

Irgendein freundlicher Kollege hat wieder das Wort "Kupfer" im Mund gehabt. Wir haben seit 2013 keinen Meter Kupferleitung gefördert, ganz im Gegenteil. Jede Kommune konnte seit 2013 den Ausbaustandard vor Ort selbst festlegen. Manche Kommunen haben gesagt: Wir wollen sofort Glasfaser bis in jedes Haus. – Wir fördern das bis in jedes Haus, selbst wenn der Garten umgegraben werden muss. Wenn die Kommune das so ausschreibt, wird es gefördert. Da braucht man nicht einen 500-Euro-Gutschein, sondern muss die Ausschreibung so gestalten, dass bis zum Haus gebaut wird. Wenn die Kommune sagt, dass bis zum Garten gefördert werden soll, dann wird bis zum Garten gefördert. Wenn die Kommune sagt, dass nur bis zum Kabelverzwei-

ger gefördert wird, dann wird bis zum Kabelverzweiger gefördert. Sonst sind wir doch auch immer der Meinung, dass die Entscheidungen vor Ort getroffen werden müssen, weil man dort die Kenntnis über das gerade Benötigte hat. Aber hier soll plötzlich der bayerische Finanzminister am besten wissen, wo 6,2 Millionen Objekte in Bayern am besten einen Glasfaseranschluss brauchen.

Wir haben riesige Fortschritte gemacht. Nirgendwo gab es eine derartige Ausbaudynamik wie in Bayern. Wenn alle Projekte abgeschlossen sind, die schon beauftragt, aber noch nicht gebaut sind – daran ist wahrscheinlich auch noch der Finanzminister schuld, dass nicht so viele Menschen bereit sind, sich mit der Schaufel in den Graben zu stellen, um die Hausanschlüsse zu legen –, dann haben immerhin 99 % der Haushalte in Bayern mindestens 30 Mbit/s und fast genauso viele 50 Mbit/s.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit 30 und 50 Mbit/s kann man im rein privaten Bereich schon mal ganz ordentlich wirtschaften. Damit ist man nicht völlig abgehängt. Ich weiß das, weil ich zu Hause auch schnelles Internet habe. Damit kann man Homeoffice und Homeschooling machen. Ich habe im Wirtschaftsausschuss vorgetragen, welche Übertragungsraten notwendig sind, wenn im Haus gleichzeitig zwei oder drei Menschen Homeschooling oder Homeoffice machen. Mitnichten ist es so, dass das nicht möglich wäre.

Natürlich ist der Gigabitausbau für alle das Ziel. Weit über 50 % in Bayern haben Gigabit jetzt schon, und wir hören nicht auf. Die von uns in Brüssel durchgesetzte Gigabitrichtlinie haben wir uns mühsam über zwei, drei Jahre erkämpfen müssen. Warum? – Weil Brüssel bis zum heutigen Tag definiert, dass schnelles Internet 30 Mbit/s ist. Das hat nicht Albert Füracker erfunden. Vielmehr war das ein Hemmnis beim Ausbau des Breitbandinternets, weil wir keine Glasfaser ausschreiben konnten, wo es schon 30 Mbit/s gab. Warum man das immer wieder diskreditiert, ist mir ein Rätsel. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Breitbandausbau in Bayern ist das erfolgreichste Infrastrukturprojekt der letzten Jahrzehnte. Das ist in Bayern so.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dann geht es weiter. Die Leute schreiben mir, sie wollen schnelles Internet. Dann frage ich die Telekommunikationswirtschaft, warum sie da nicht ausbaut. – Sie hören nicht gut zu. Das ärgert mich, weil Sie das Thema eigentlich sehr oft intensiv mit mir diskutiert haben und ich weiß, dass es Sie interessiert. – Wenn man also nachfragt, sagen die Telekommunikationsanbieter: Keine 25 % derjenigen, die im privaten Bedarf Glasfaser buchen könnten, buchen es.Das ist eigentlich die Tragik: Wir hören hier im Landtag, dass man nur dann ein vollständiger Mensch ist, wenn man Glasfaser im Haus hat. Dort, wo es das gibt, sind aber nicht einmal 25 % der Menschen bereit, das zu buchen.

Und dann bitte ich auch die mediale Welt mitzuhelfen. Schauen Sie, ich erzähle es hier mal, weil es eine so schöne Geschichte ist: Es ist noch kein Vierteljahr her, da gab es das "Mädchen im Schnee". Das war im Oberbayerischen, es hat sich fotografieren lassen mit einem Laptop; es musste im Garten ein Referat halten für die Schule – für das Abitur oder für was auch immer. Und alle hatten Angst und Sorge um das Mädchen im Schnee.

(Zurufe)

Es hat sich dann herausgestellt, dass bei diesem Haus, in dem das Mädchen lebt, Glasfaser nicht nur bis zum Garten verlegt worden war, sondern auch im Haus bereits Glasfaser lag – nicht unbemerkt von den Bewohnern; denn der Garten war im Jahr zuvor umgegraben worden.

(Zuruf)

Es lag Glasfaser im Haus. Auf Nachfrage des Herrn Bundesministers, der sich darum dann gekümmert hat, hat das dort zuständige Unternehmen, die Telekom, mitgeteilt: Ja, da ist Glasfaser im Haus. Wenn der Vater des Mädchens den Glasfaseranschluss beauftragt, können wir das innerhalb kürzester Zeit machen.

Das wurde dann auch getan. Ich habe mich daraufhin nur mal erkundigt, ob jetzt auch Gigabit gebucht wurde. Ich darf es sagen, hat mir darauf die Telekom gesagt. Ich sage es aber nicht. Fragen Sie selbst mal, ob Gigabit gebucht wurde. Fragen Sie einmal! Fragen Sie, was dann dort gebucht wurde!

Deswegen, meine Damen und Herren: Hören wir doch bitte auf, immer so zu tun, als gäbe es hier in Bayern ein furchtbares Versagen beim Glasfaserausbau! Das genaue Gegenteil ist der Fall. Helfen wir zusammen mit, hier voranzukommen! Überzeugen wir die Kommunen auch, dass die Anträge jetzt auch entsprechend gestellt werden und dass das Geld, das wir zur Verfügung stellen, abgerufen wird! 6.200 Schulen gibt es in Bayern, jede Schule kann Glasfaser haben. Wir fördern die öffentlichen Schulen alle mit 80, 90 %.

Ich habe erst heute wieder mit jemandem in meiner Heimat telefoniert, der in der Telekommunikationswirtschaft tätig ist. Er sagt: Ich gehe zu jedem Bürgermeister und erkläre ihm, dass er für seine Schule einen Glasfaseranschluss beantragen kann. Im optimalen Fall – so hat er gesagt – dauert es 14 Tage, bis das Ganze funktioniert. – Also, auch hier haben wir seit 2018 ein Förderprogramm, das nur abgerufen werden muss.

Ich weiß also nicht, warum man immer wieder – immer wieder! – behauptet, dass schnelles Internet in Bayern etwas ganz Furchtbares wäre. Man findet natürlich da und dort ein Dorf, in dem es noch nicht funktioniert. Wenn ich dann aber frage, so heißt es meistens: Der Auftrag ist erteilt; das dauert jetzt noch, im Herbst sind wir fertig. Oder: Nächstes Frühjahr sind wir fertig.

Wir können alles tun; aber wir können doch nicht selbst Schaufel und Pickel in die Hand nehmen und glauben, dass wir mehr davon verstehen, wenn es darum geht, das technisch umzusetzen, als die Unternehmen, die hier tätig sind.

Deswegen bitte ich darum, wirklich diesen Weg weiter zu unterstützen. Wir sind, was den ländlichen Raum angeht, deutschlandweit die Besten, und wir sind auch beim

Thema "Glasfaser bis ins Haus" nicht schlecht; im deutschlandweiten Vergleich sind wir hier immerhin die Drittbesten unter den Flächenländern.

Natürlich kann man immer so tun, als wäre das alles ganz furchtbar. Meine Feststellung ist aber, dass die deutsche und die bayerische Wirtschaft trotz dieses angeblich so steinzeitlichen Glasfaserausbaus doch immer noch ganz vernünftig funktioniert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ganz so ist es jetzt auch wieder nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir machen da also weiter. Wir haben auch diesmal wieder die Mittel im Haushalt vorgesehen. Wir werden dazu beitragen, dass wir Gigabit für alle bekommen. Zusammen mit den Kommunen werden wir das schaukeln und schaffen wir das.

Meine Damen und Herren, was die anderen Themen betrifft, so denke ich, wir werden darüber auch heute Nachmittag noch diskutieren.

Eines sei hier noch angesprochen – es geht um die Augsburger Messe –: Wenn wir eine solche Beteiligung übernehmen, dann muss dies im staatlichen Interesse sein. Das ist bislang eher umstritten gewesen. Dennoch haben wir Förderungen gegeben; es sind 40 Millionen Euro an Fördermitteln geflossen, zum Beispiel für Hallenausbauten bei der Messe Augsburg. Ich finde, das ist für ein Unternehmen, an dem wir als Freistaat Bayern nicht einmal beteiligt sind, schon eine bemerkenswerte Summe. Also, wir tun auch hier, was wir können.

Und wir wälzen auch nirgendwo Kosten auf den Bund ab; auch das will ich Ihnen schon einmal ehrlich sagen. Ich bin als bayerischer Finanzminister nicht in der Lage – ich bin dazu nicht in der Lage! –, einem Bundesfinanzminister Paroli zu bieten, der den Unternehmen im Oktober verspricht, dass er ihnen im November 75 % der Umsätze erstattet, und das dann im März noch nicht getan hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da möchte ich schon einmal hören, was mir entgegengerufen würde,

(Zuruf)

würde ich in Bayern 75 % des Umsatzes als Erstattung an betroffene Unternehmen versprechen. Ihr würdet mir sagen, dass meine wirtschaftspolitische Kompetenz so klein ist, dass ich als bayerischer Finanzminister am besten sofort zurücktreten sollte. Das ist doch die Situation.

(Zurufe)

Wir dürfen auch hier nicht mehr versprechen, als wir halten können.

Ich kämpfe leidenschaftlich – leidenschaftlich, und da schließt sich der Kreis – dafür, dass wir den Betroffenen helfen. Ich kämpfe dafür, dass wir öffnen, sobald es geht,

(Zurufe)

dass wir helfen, wo immer es geht. Aber eines lehne ich ab: dass wir ständig und monatelang Versprechungen machen, die kein Mensch einhalten kann. Das ist das Schlimmste für Unternehmen und für die Menschen: dass ihnen dauernd irgendwer in Aussicht stellt: Wenn ich nur was zu sagen hätte in diesem Land, dann wäre morgen alles offen! – Wir müssen miteinander die Dinge ordentlich beschließen, und wir müssen sie dann auch ordentlich umsetzen. Darauf kommt es an. Die Menschen müssen sich auf uns verlassen können

(Zuruf)

und dürfen nicht immer den Eindruck gewinnen, dass wir Dinge versprechen, die wir eigentlich nicht zusagen können.

(Zurufe)

Dafür stehen wir und nicht für Zwischenrufe, die draußen den Eindruck entstehen lassen, ein Parlament sei nur dazu da, zu streiten, und nicht, um zu helfen. In der größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs, meine Damen und Herren, führen wir dieses Land so, wie es dem Auftrag und der Erwartungshaltung der Menschen entspricht.

Ich kann Sie nur einladen, dies auch im weiteren Verlauf der Haushaltsdiskussion im Hinterkopf zu behalten und sich von der Einsicht leiten zu lassen, dass man in der größten Krise eines Landes nicht darüber streiten sollte, wo die höchsten Zuwächse sind. Wir müssen uns vielmehr in den nächsten Jahren dafür rüsten, um bestmöglich aus der Krise zu kommen und die nächsten Jahre Politik so gestalten zu können, dass diejenigen, die nach uns kommen, nicht so viel bezahlen müssen, dass sich in zwanzig Jahren dann die Frage stellt, ob der bayerische Finanzminister denn einen Vogel gehabt hat, als er in einen Wettbewerb mit dem Bund darüber eingetreten ist, wer die höchsten Schulden macht. Einen solchen Wettbewerb mache ich nicht mit; ich könnte ihn auch gar nicht gewinnen – denn da sitzt jemand in Berlin, der jeden Tag sagt, er habe so viel Geld. Damit kann ich nicht mithalten; das stimmt. Ich will das aber auch gar nicht; ich will sachgerecht sein.

Und so handeln wir: Wir helfen sachgerecht. – Danke für die Unterstützung und die Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister Füracker. Sie können gleich am Rednerpult bleiben. Sie haben jetzt fünfeinhalb Minuten länger geredet als vorgesehen; daher haben die Fraktionen noch einmal Redezeit.

Zunächst aber gibt es vier Zwischenbemerkungen. Die erste macht Herr Abgeordneter Markus Plenk. – Bitte, Herr Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Staatsminister, welche Konzepte oder Ideen haben Sie für die lang überfällige Entbürokratisierung bzw. Vereinfachung

des Steuerrechts? Das würde gleichermaßen zu Vorteilen für die Mitarbeiter in der Finanzverwaltung wie für die Steuerzahler führen. Vielleicht würde sich damit auch die eine oder andere Personalaufstockung erübrigen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Plenk, wir machen ein sehr, sehr unbürokratisches Grundsteuermodell, das dazu führt, dass wir abweichend vom Bund nur einen Bruchteil der Regularien benötigen. Das ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass wir dort, wo wir können, sehr unbürokratische Steuermodelle umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die zweite Intervention kommt vom Kollegen Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben jetzt sehr intensiv über das Thema Breitbandausbau geredet. Zunächst einmal freut es mich natürlich, dass Sie das Förderprogramm angepasst haben, die Gigabitrichtlinie, und Forderungen, die wir GRÜNEN seit Jahren erhoben haben, übernommen haben.

Es wäre allerdings sinnvoll gewesen, dies von vornherein zu berücksichtigen und schon das erste Förderprogramm so auszugestalten, dass Glasfaser nicht über Vectoring, sondern tatsächlich bis in die Häuser hinein gefördert wird. Jetzt wird eine Doppelförderung notwendig, indem die Gebiete, deren Ausbau man schon einmal gefördert hatte, bei der Förderung noch einmal berücksichtigt werden müssen. Dies hätte sich vermeiden lassen.

Jetzt haben Sie gesagt, dass die Bandbreiten für den heutigen Bedarf schon ausreichend seien. Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, wie sich der Bedarf in den letzten Jahren entwickelt hat; auch in den nächsten Jahren wird dieser Bedarf massiv steigen. Schon heute ist es nicht möglich, ein 4K-YouTube-Video mit einem 30-Mbit/s-Anschluss zu streamen; ich brauche hierfür 50 Mbit/s. Netflix funktioniert; da braucht man 20 Mbit/s;

für YouTube-4K brauche ich aber 50. Also muss man doch jetzt damit beginnen, die Infrastruktur aufzubauen, von der man weiß, diese wird die nächsten zehn, zwanzig, dreißig Jahre zukunftsfähig sein. Andernfalls müssen wir schon in fünf Jahren die Technik erneut ausbauen.

Zum Thema Take-up-Raten – auch das haben Sie angesprochen – haben Sie gesagt, es würden nur so wenige Haushalte die Anschlussmöglichkeit nutzen.Genau in diese Richtung geht unser Gutscheinsystem. Laut ORH-Bericht haben Sie Ausgabereste in Höhe von 144 Millionen Euro beim Breitbandausbau. Damit sollte man die Gebiete, in denen Projekte scheitern und in denen die Telekom nach Ausschreibungen sagt, wir können dort nicht tätig werden, weil sich zu wenige Leute anschließen,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Adjei, Ihre Redezeit wäre zu Ende.

Benjamin Adjei (GRÜNE): ausbauen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Adjei, ich weiß nicht, warum Sie immer wieder falsche Dinge behaupten.

(Heiterkeit)

Erstens. Von denjenigen, die den Glasfaseranschluss schon im Haus haben, die den Glasfaseranschluss buchen könnten, wie es bei dem armen Mädchen in Vierkirchen der Fall war, buchen ihn nicht einmal 25 %. Sie haben ihn bereits im Haus.

Zweitens. Der Bedarf entwickelt sich. Deswegen bauen wir weiter aus. Die 30 und 50 Mbit/s werden natürlich durch Vectoring auf 100 Mbit/s und weit mehr gebracht. Insofern ist dieser Anspruch vorübergehend schon einmal sehr gut erledigt.

Drittens. Auch das ist immer wieder dasselbe: Die Neuaufstellung des Förderprogramms hat nichts damit zu tun, dass Glasfaser jetzt bis ins Haus gefördert werden kann. Unsere Breitbandrichtlinie konnte seit dem Jahr 2014 Glasfaser bis ins Haus för-

dern. Wenn die Gemeinde es beantragt hatte, konnte Glasfaser auch bis ins Haus gebaut werden. Wir haben genügend solcher Beispiele. Nur gibt es viele Orte, in denen die Menschen sagen: Mein Garten wird wegen deines Anschlusses jetzt nicht aufgerissen. Mir reichen auch 100 Mbit/s. Dies hat der Bürgermeister vor Ort dann eben so entschieden.

Neu an unserer Förderrichtlinie ist, dass wir dort fördern dürfen, wo wir bisher nicht fördern durften, weil es schon 30 Mbit/s gab. Haben Sie das jetzt gehört? Oder steht das in Ihrem Handy? Ich will es Ihnen noch einmal sagen,

(Heiterkeit)

weil Sie das immer wieder behaupten, obwohl es einfach nicht stimmt. – Auch wenn Sie den Kopf schütteln: Es stimmt nicht. Wir haben von Anfang an Glasfaser bis in jedes Haus fördern können, und wir tun das jetzt – –

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Wenn die Gemeinde dies beantragt hat, ist es gebaut worden. Daran hat sich im neuen Förderprogramm nichts geändert. Null! Geändert hat sich nur, dass wir dies jetzt dort dürfen, wo es schon 30 Mbit/s gab. Oft wurde nicht gebaut, weil es schon 30 Mbit/s gab. Das war – mit Verlaub – nicht Ihre Idee, weil Sie den Zusammenhang bis heute nicht richtig dargestellt haben. Wir haben in Brüssel durchgesetzt, auch dort bauen zu dürfen, wo es schon 30 Mbit/s gab. Ich glaube aber, auch wenn ich das noch hundert Mal erzähle, wird es doch immer wieder diskreditiert werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung des Kollegen Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Staatsminister, lieber Albert Füracker, am besten hat mir der Einstieg in die Rede gefallen. Es ist schön, dass wir so stark sind, dass wir kon-

zeptionell darüber nachdenken können, etwas zu machen. Hierin stimmen wir vollkommen überein. Wir können einen starken Haushalt aufstellen. Das Problem ist jedoch, es reicht nicht, nachdenken zu *können*, sondern man *muss* nachdenken und aus dem Nachdenken auch entsprechende Konsequenzen ziehen. Diese Konsequenzen vermisse ich für die SPD an dieser Stelle: Nicht nur nachdenken können, sondern es auch tun und einen starken Haushalt aufstellen! Das bedeutet auch, Mobilität für alle, den ÖPNV zu stärken, Bildung und Digitalisierung zu stärken, soziale Infrastruktur und Wohnungsbau in Bayern zu stärken sowie die Modernisierungsoffensive und die öffentliche Gesundheitsversorgung zu stärken. Nicht nur können, sondern auch tun. Nicht bloß die Lippen spitzen, sondern auch pfeifen. Dies ist der Punkt, in dem wir uneins sind, nicht beim Stolz, dass wir einen starken Haushalt aufstellen können. Wir müssen es auch machen. Das habt ihr leider versäumt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): So rauschend ist der Applaus dafür gar nicht. – Wir haben dies nicht versäumt, sondern wir haben im Rahmen der Möglichkeiten das getan, was möglich und notwendig ist. Ihr wisst alle, dass wir im Haushaltsgesetz einen Plan vorlegen müssen, wann wieder getilgt wird, was wir jetzt an Schulden aufnehmen. Wenn man sich darauf verständigt, Schulden zu machen, ist es wieder anders. Die GRÜNEN meinen, wir sollten eine "Klimamilliarde" zur Verfügung stellen. Wenn dies den regulatorischen Vorgaben der Schuldenbremse entspricht, kann ich das tun. Das ist aber nicht der Fall.

Genauso ist es hier: Trotz allen Beschränkungen, die wir haben, haben wir eine Investitionsquote, die wir seit vielen Jahren nicht mehr hatten. Wir investieren riesig gegen die Krise an. Wir stocken Stellen im Bereich der Lehrer, Polizisten und Finanzbeamten auf. In der größten Krise, die dieses Land seit 70 bis 75 Jahren erlebt hat, schaffen wir neue Stellen wie kaum jemals zuvor innerhalb eines Jahres. Ich weiß nicht, was man jetzt vernünftigerweise noch tun sollte. Ich glaube, es ist eine gute Abwägung dessen, was machbar ist, nämlich Investitionen. Wir müssen jetzt über Schulden vieles, was

pandemiebedingt ist, finanzieren. Ich muss aber auch bedenken, dass dies in zwei oder drei Jahren wieder zurückgezahlt werden muss. Da bin ich dann mal gespannt. Dann werden wir die Protokolle von heute wieder heraussuchen, um zu prüfen, ob man dem Finanzminister – wer dies dann auch immer sein mag – vorhalten kann, es seien zu viele Schulden aufgenommen worden, da wir die Tilgung ab dem Jahr 2024 wieder aus dem Haushalt bestreiten müssen. Wir werden dann diskutieren, wo man wieder etwas wegnimmt. Dies kann leicht passieren. Deswegen müssen wir, bei der Abwägung vernünftig sein. Dafür stellt unser Haushalt eine sehr, sehr gute Grundlage dar.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Jetzt gibt es noch eine Zwischenbemerkung. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben alle noch ein bisschen Redezeit erhalten. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben das auf ihren Bildschirmen. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Staatsminister Füracker, danke für die Ausführungen. Ich komme noch einmal zurück zu den Steuereinnahmen. Ich glaube, wir sind uns einig: Der Lockdown kostet Unsummen und verhindert wirtschaftliche Wertschöpfung in vielen Branchen in Bayern.

Sie haben das Beispiel Schweden gebracht: Der BIP-Rückgang lag in Schweden im Jahr 2020 bei 2,8 %, in Bayern bei 6,5 % – dies nur noch einmal zur Erinnerung. Wir alle wollen eine gesunde Bevölkerung, aber entscheidend ist doch die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. Fakt ist auch: Wir haben zwischenzeitlich viel über das Virus gelernt. Wir wissen auch, wie wir es mit Hygienemaßnahmen in den Griff bekommen können. Wir als AfD setzen mehr auf die Selbstverantwortung der Bürger.

In diesem Zusammenhang richte ich mit meiner Frage den Blick auf die Tourismus- und Gastronomiebranche, die doch auch ein guter Steuerzahler ist. Es ist absolut är-

gerlich, dass nun viele Bayern über Ostern nach Mallorca fliegen können, während in Bayern alles geschlossen ist. Das versteht kein Mensch. Was sagen Sie dazu als Finanzminister, der Steuereinnahmen benötigt?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Mannes, zunächst einmal: Ich habe nicht bewertet, warum die Arbeitslosigkeit in Schweden um fast 3 % auf 9,28 % gestiegen ist. Ich habe nur gesagt, dass es so ist. Ich bin jedenfalls froh, dass wir keine Arbeitslosigkeit von 9,28 % haben, sonst wäre es mit den Steuereinnahmen noch komplizierter. Ich weiß auch nicht genau, wer dort arbeitslos geworden ist, nachdem dort alles geöffnet ist, wie ich immer wieder höre. Ob dies stimmt, weiß ich nicht; denn ich war noch nicht dort.

Es ist, glaube ich, ein gutes Ziel, jetzt zu versuchen, zusammen mit der Staatsregierung und der Bevölkerung gut durch die Pandemie zu kommen, um dann umso kraftvoller fließende Steuereinnahmen zu haben. Wir stehen jetzt kurz vor dem Moment, an dem für jeden ein Impfangebot verfügbar sein wird. Dann wird die Debatte eine andere sein. Aktuell geht es nur noch um Monate. Ich glaube, mit dem, was gestern vorgestellt wurde, worauf man sich verständigt hat, kommen wir voran. Ich bin zuversichtlich, dass wir rasch durch die Krise kommen werden. Reden wir nicht alles so schlecht! Diese Zeit ist nicht leicht, aber wir können jetzt auch nicht irgendwelche dystopischen Gedanken pflegen. Dann geht es uns nämlich auch nicht besser. Anpacken! Darauf kommt es jetzt an.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Böhm. – Sie haben noch eine Minute und 35 Sekunden Redezeit.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir als Opposition erkennen natürlich, dass sich Herr Staatsminister Füracker durch

eine solide Arbeit und durch ausgewogene Äußerungen hier am Pult positiv von einem Großteil der Ministerriege abhebt.

Was mir wichtig ist, Herr Staatsminister: Ich bin in meinen Ausführungen vorgestern Abend auf die Generationenbilanz eingegangen. Darauf sind Sie in Ihren heutigen Ausführungen überhaupt nicht zu sprechen gekommen. Generationenbilanz bedeutet, dass der Freistaat Bayern – zum großen Teil berechtigt, aber in der Gesamthöhe sehr beträchtlich – 600 Milliarden Euro an Verpflichtungen mit sich in die Zukunft trägt.Sie schauen mich erstaunt an. Ich habe ausgeführt: Wir haben 258.000 Beamte. Wenn man das hochrechnet, haben wir natürlich eine immense Belastung zukünftiger Generationen, die mit Sicherheit gerechtfertigt ist, die aus zukünftigen Steuereinnahmen zu bedienen ist.

Für uns stellt sich allerdings die Frage – der Kollege Mannes hat das gerade hervorragend postuliert –, inwieweit diese Generationenverpflichtung bei einer zu vermutenden rückläufigen Steuerentwicklung künftig zu bedienen sein wird. Ich würde mich freuen, wenn unser verehrter Herr Staatsminister en détail einmal darauf eingeht – wenn nicht hier, dann vielleicht an anderer Stelle.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/12815 mit 18/12818, 18/12889, 18/12963 mit 18/12970, 18/13047 und 18/13048 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14200.

Ich lasse zunächst, wie von der AfD-Fraktion beantragt, über deren Änderungsantrag betreffend "Beteiligung an der Messe Augsburg" auf Drucksache 18/12965 in einfa-

cher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Einzelplan 06 abstimmen. Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/14200 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER und die FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforder-

lichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind GRÜNE, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Die Gegenstimmen, bitte! – Das sind die AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14200 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13047 und 18/13048 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 19

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Demonstratormission
   (Kap. 06 02 TG 67)
   Drs. 18/12815

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Schulungsoffensive für nachhaltige öffentliche Beschaffung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12816

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 06 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/12817

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
   (Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 18/12818

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
   (Kap. 06 01 Tit. 536 03)
   Drs. 18/12889

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
   (Kap. 06 03 Tit. 883 72)
   Drs. 18/12963

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II – Arbeitsgruppe Breitband
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 18/12964

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Beteiligung an der Messe Augsburg
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 18/12965

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2021;
   hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 18/12966

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Unsere Heimat II - Förderung traditioneller Vereine
    (Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
    Drs. 18/12967

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Zusätzliche Stellen für das Landesamt für Finanzen
    (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12968

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2021;
    hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Zusätzliche Stellen für das IT-Dienstleistungszentrum
    (Kap. 06 21 Tit. 422 01)
    Drs. 18/12969